

Keine Aussicht auf Frieden? Europa in Zeiten des Krieges

*Ansprache im Rahmen der Grevener Gedenkstunde für den Frieden
Volkstrauertag am 13. November 2022*

Tobias Debiel

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Aden,
sehr geehrte Frau Stellvertretende Bürgermeisterin Waschowitz-
Biggeleben,

ich möchte mich ganz herzlich für die heutige Einladung bedanken, mit Ihnen im Rahmen der Grevener Gedenkstunde meine Gedanken zu friedens- und sicherheitspolitischen Aussichten im Zeichen der russischen Aggression auf die Ukraine zu teilen. Der Zeitpunkt gibt Anlass zu solchen Überlegungen. Der Krieg ist seit mehr als achteinhalb Monaten im Gange. Zehntausende Menschen sind ums Leben gekommen, manche Meldungen gehen bereits von mehr als hunderttausend Toten aus: Dies sind ukrainische Soldaten und Zivilisten, die Opfer eines Angriffskrieges sind; aber auch russische Soldaten, von denen viele in entlegenen Regionen rekrutiert wurden, wo das Wissen um den Krieg begrenzt ist. Und trotz der jüngsten Geländegewinne der ukrainischen Streitkräfte ist ein Ende nicht in Sicht, vielmehr stehen die Signale auf einen lang andauernden Zermürbungskrieg. Zusätzlich gibt es eine sehr reale und bedrohliche Gefahr der atomaren Eskalation.

Als wir vor geraumer Zeit den Titel für meinen heutigen Vortrag festlegten, waren Wege zu einer Friedenslösung in diesem Krieg bereits schwer denkbar und von vielen Beobachtern und Beobachterinnen ausgeschlossen worden. Heute ist die Lage zugleich verfahrenener wie auch dramatischer. Denn mit Blick auf einen möglichen Nuklearkrieg wird mittlerweile militärisch, politisch und in der öffentlichen Debatte zunehmend wieder das Undenkbare gedacht. Dabei sind es v.a. die systematischen Tabubrüche aus Moskau, die Grund für große Besorgnis sind – bereiten Worte doch häufig Taten vor und setzen sie doch denjenigen, der sie spricht, auch unter Druck. Irritierend waren Anfang Oktober leider aber auch Äußerungen des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, der westliche Präventivschläge zur Verhinderung eines russischen Nuklearschlags ins Spiel brachte. Zum Glück bemühten sich seine Sprecher und er selbst später um eine Relativierung. Denn in der angespannten Situation ist Nüchternheit, auch in der Sprache, ein Imperativ.

Angesichts der Bedrohungslage drängt sich der Vergleich mit der Kuba-Krise von 1962 auf. Doch ist die Lage heute gleichermaßen komplexer wie riskanter und unberechenbarer. Fest steht in jedem Fall: Die drohende nukleare Vernichtung bzw. Selbstvernichtung von Teilen der Menschheit bleibt neben der Klimakatastrophe die zweite fundamentale Bedrohung für das globale Überleben im 21. Jahrhundert.

1982 forderte eine internationale Kommission unter Vorsitz des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme Gemeinsame Sicherheit ein, also: Sicherheit mit dem Gegner, um das Überleben zu garantieren. Heute, vierzig Jahre später, leben wir in einer Zeit Gemeinsamer Unsicherheit – und haben Zweifel, dem Gegner wirklich vertrauen zu können.

Umso wichtiger ist es, dass es in Zeiten wie diesen Orte und Gelegenheiten gibt, um zu reflektieren, wie sich Wege aus Eskalation, Unberechenbarkeit und Gewalt finden lassen. Dabei sollte es nicht allein mit Blick auf atomare Einsatzoptionen möglich sein, das Udenkbare zu denken. Vielmehr gibt es auch einen konkreten Bedarf, sich friedenspolitisch über Szenarien und Zukünfte Gedanken zu machen, die im Moment verschlossen erscheinen, ohne die aber ein „Armageddon“ droht – wie es jüngst US-Präsident Joe Biden formuliert hat. Es geht darum, in einer von Militärlogik dominierten Debatte den Krieg nicht als naturwüchsig erscheinen zu lassen. Sicher ist: Europa steht am Beginn einer Ära der Konfrontation. Aber es gilt neben Wehrhaftigkeit auch auszuloten, wo es Möglichkeiten der Diplomatie und des zivilen Austausches gibt.

Keine Aussicht auf Frieden? Ich nähere mich dieser Fragestellung in drei Schritten an:

1. Wie ist der schwierige Balanceakt zwischen Wehrhaftigkeit und Stärke auf der einen Seite und Dialog- und Friedensbereitschaft auf der anderen zu bewältigen?
2. Welche Positionen gibt es mit Blick auf eine mögliche Beendigung des Krieges? Gibt es Anhaltspunkte, wann ein Krieg reif für eine Beilegung ist? Wie ließe sich ein Waffenstillstand oder eine Friedensregelung absichern?
3. Wie kann in der akuten Situation nuklearer Erpressung reagiert werden?

1. Schwieriger Balanceakt

Westliche Sicherheits- und perspektivisch auch Friedenspolitik steht vor einem schwierigen Balanceakt. Um der mörderischen Gewalt in der Ukraine Einhalt zu bieten, müssten nicht nur die Sanktionsschrauben weiter angezogen werden und – auch schwere – Waffensysteme geliefert werden. Es wäre mit Blick auf die Kriegsverbrechen und die martialische Rhetorik möglicherweise auch angezeigt, Waffensysteme zur Rückeroberung besetzter Gebiete zu liefern, so insbesondere Kampfpanzer und auch Kampfflugzeuge. Zugleich bewegt man sich damit sehr nahe an der

Schwelle für ein direktes Eingreifen in den Krieg. Von daher geht es um ein Auf-Sicht-Fahren, bei der die entsprechende Kommunikation von Entscheidungen mindestens so wichtig ist wie die Handlungen selbst.

Angeichts der atomaren Bedrohung sind dem Westen, was auch von den USA frühzeitig kommuniziert wurde, die Hände gebunden. Es ist nicht auszuschließen, dass in dem Moment, wo der Krieg für die derzeitige Führungsclique im Kreml zur Frage des eigenen Überlebens wird, auch die eigene Bevölkerung in Geiselhaft genommen wird und die atomare Drohung – ob Bluff oder kein Bluff – so hochgetrieben wird, dass Missverständnisse einen Flächenbrand auslösen können. Wir müssen immer im Kopf haben, dass das Gleichgewicht des Schreckens in der Zeit des Ost-West-Konflikts nur unter recht präzise benennbaren Annahmen funktionierte:

1. Beide Seiten verhielten sich zumindest seit dem Ende der Kuba-Krise kalkulierbar. Die hasardeurhafte Logik Putins entspricht nicht mehr dem risikoscheuen, sehr berechenbaren Kalkül der KPdSU-Apparatschiks in der Post-Stalin-Ära, obwohl Putin im Westen mehrheitlich unterstellt wurde, ein kühler Stratege zu sein.
2. Die Kommunikationskanäle wurden gepflegt, um einen „Weltkrieg wider Willen“ zu verhindern.
3. Die Abschreckung war eingebunden in eine Politik der gewollten Interdependenz, also: der wechselseitigen Verflechtung und Abhängigkeit, damit nicht die eine der anderen Seite auf nicht-militärische Weise einen existentiellen Schaden zufügen kann. Dieses Element wurde oftmals als Wandel durch Handel bezeichnet – und hat sich in jüngster Zeit nicht wirklich bewährt. Zugleich sollten wir nicht vergessen, dass Entspannungspolitik stets weiter gefasst war und auf Wandel durch Annäherung gezielt hat.
4. Rüstungskontrolle flankierte die gefährliche Hochrüstung über wechselseitige Obergrenzen, die Beschränkung technologischer Möglichkeiten und vertrauensbildende Maßnahmen.
5. Es gab eine Übereinkunft, dass im Ost-West-Verhältnis zumindest eine friedliche Koexistenz angestrebt werden müsste, also eine gewisse Akzeptanz der Existenzberechtigung des Gegenübers gegeben war.

Wir sind heute ein gutes Stück weit von diesen Mindestvoraussetzungen entfernt, eine große Konfrontation der Blöcke zu verhindern.

2. Umstrittene Perspektiven der Kriegsbeendigung

Festgefahren ist die militärische Situation, aber nicht nur die: Auch diplomatisch ist wenig Neues zu vermelden. Was aber sind die Perspektiven? Grob lassen sich drei Lager identifizieren. Das eine setzt auf einen militärischen Sieg der Ukraine. Es will Russland mindestens auf den Status quo ante zurückdrängen, zur Lage vor dem 24. Februar, möglichst

aber auch, wie es der amerikanische Verteidigungsminister Lloyd J. Austin klarmachte, nachhaltig schwächen. Diesen „Falken“ stehen die „Tauben“ entgegen. Sie erhoffen sich eine baldige Beendigung des Krieges durch Zugeständnisse an russische Sicherheitsinteressen, wie der Kreml sie wahrnimmt, sprich: Offenheit für die Anerkennung territorialer Verluste (zumindest mit Bezug auf die Krim), Zurückhaltung bei der Aufrüstung der Ukraine, Aussicht auf eine Lockerung westlicher Sanktionen. Damit soll der Weg zu Verhandlungen geebnet oder der Konflikt zumindest „eingefroren“, also ein Waffenstillstand erreicht werden, ohne dass politische Lösungsperspektiven absehbar wären.

Zwischen den beiden Lagern gibt es eine dritte Position. Sie hält einen militärischen Sieg der einen oder anderen Seite für weitgehend unwahrscheinlich. Diese nüchterne Einschätzung hat viel für sich. Sie kann aber auch leicht in Ratlosigkeit münden, wenn sie nicht mit konkreten Handlungsperspektiven verbunden wird.

Gibt es irgendwelche Wege aus der Sackgasse? Der amerikanische Konfliktforscher I. William Zartman hat nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, wie wichtig das Timing für Verhandlungen und Vermittlungsbemühungen ist. Seiner Theorie nach sind Kriege erst dann „reif“ für Versuche der Beilegung, wenn beide Seiten vor einem schmerzhaften Patt stehen und Auswege erkennbar sind. Hat Zartman recht, sieht es düster aus. Denn der Kreml betont, hohen eigenen Verlusten zum Trotz, seine Möglichkeiten, den Krieg auszudehnen. Jüngst ist dabei insbesondere die zivile Infrastruktur in der Ukraine zum Ziel geworden. Zugleich schwört die ukrainische Regierung ihre Bevölkerung auf weitreichende Kriegsziele ein, die auch die Rückeroberung der Krim beinhalten. So legitim dies völkerrechtlich ist, so hoch sind auch die Eskalationsgefahren, die damit verbunden sind.

Es gibt nicht „die“ Lösungsformel für den Konflikt. Zugleich lassen sich aber einige Eckpunkte für Verhandlungen identifizieren, auf die man sich heute bereits vorbereiten kann:

Erstens, das Vertrauen in die Aufrichtigkeit Moskaus ist nach einer Vielzahl eklatanter Lügen zutiefst erschüttert. Um ein absolutes Mindestmaß an Erwartungsverlässlichkeit zu erreichen, sind vorsichtige Schritte wie der Austausch von Kriegsgefangenen, die Überführung sterblicher Überreste getöteter Soldaten und humanitäre Vereinbarungen notwendig.

Zweitens, ein Waffenstillstand wird Beobachtungs-Verifikationsmechanismen sowie Garantiemächte erfordern. Dies ist der Punkt, bei dem einflussreiche Länder wie China oder Indien ins Spiel kommen könnten, die sich bislang bedeckt hielten. Auch müssten die in diesem Krieg weitgehend marginalisierten Vereinten Nationen über den UN-Sicherheitsrat und den derzeit zu wenig wahrnehmbaren UN-Generalsekretär ihre vorgesehene Rolle übernehmen.

Drittens läuft es aller Voraussicht nach auf eine bewaffnete Neutralität der Ukraine heraus, die neben der EU-Beitrittsperspektive auch verlässliche Sicherheitsgarantien braucht, die allerdings unterhalb der Schwelle von Art. 5 des NATO-Vertrags – der kollektiven Beistandsgarantie im Falle eines bewaffneten Angriffs – liegen dürften.

Viertens ist es unwahrscheinlich, dass es kurzfristig zu einer Verständigung über den Status der Krim sowie der völkerrechtswidrig annektierten Gebiete Cherson, Saporischschja, Luhansk und Donezk kommt. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns darauf einstellen, dass diese Konflikte „eingefroren“ werden – so wie es im postsowjetischen Raum etwa in Abchasien (Georgien) oder Transnistrien (Moldau) der Fall war. Allerdings bedarf es eines Zeitplans und geregelter Verfahren für die nächsten 10 oder 15 Jahre. Denn die Fälle Südossetien (Georgien) und Nagorny-Karabach (Aserbaidschan) haben gezeigt, dass eingefrorene Kriege schnell wieder heiß werden können.

Fünftens muss schließlich der „Verhandlungskuchen“ vergrößert werden, um Anreize zu geben, aus dem Patt herauszukommen. Hierzu zählt Wiederaufbauhilfe für die Ukraine. Vor allem aber werden trotz eisigen Klimas wechselseitige Sicherheitsvereinbarungen zwischen NATO und Russland erforderlich sein, die u.a. die Stationierung von Truppen und Waffensystemen beinhalten.

Für die Absicherung eines Waffenstillstands oder einer Friedensvereinbarung dürfte eine internationale Militärpräsenz vor Ort erforderlich sein. Doch unter welchem Dach könnte sie erfolgen? Wer könnte die Truppenkontingente stellen?

Der Dreisternegeneral a.D. Heinrich Brauß und der Vorsitzende der Münchener Sicherheitskonferenz sowie frühere außenpolitische Berater von Angela Merkel, Christoph Heusgen, haben sich im Oktober in einem Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung für eine westliche Schutztruppe ausgesprochen. Genauer zu bestimmen wäre, welche Funktionen diese wahrnehmen könnte. Denn es stellt sich die Frage, ob eine derartige Konstellation für Moskau akzeptabel wäre. Nicht zuletzt bleibt unklar, unter welchem organisatorischen Dach und mit welchem Mandat eine derartige Schutztruppe agieren würde.

Naheliegender wäre es vor diesem Hintergrund, im Falle einer erneuten Aggression der Ukraine zwar westliche Schutzgarantien in Aussicht zu stellen. Doch müsste die Truppenpräsenz zur Überwachung von Waffenstillstandsvereinbarungen eher im Rahmen der UNO und unter Beteiligung externer Garantiemächte erfolgen. Ansonsten könnte eine westliche Schutztruppe aus Sicht Moskaus leicht zu einem „Brückenkopf“ für die NATO werden, auch wenn das Bündnis offiziell nicht einbezogen wäre.

3. Wege aus einer Situation nuklearer Erpressung

Leider ist es noch zu früh, unmittelbar an Friedensverhandlungen zu denken. Mit der Annexion von vier Gebieten innerhalb der Ukraine und der Teilmobilmachung hat die russische Führung eine Situation geschaffen, die für die Ukraine, den Westen wie Russland selbst neue Risiken heraufbeschwört. Vor diesem Hintergrund geht es im Winter 2022 wohl zunächst einmal darum, die zivile Infrastruktur der Ukraine zu schützen und wiederaufzubauen sowie eine nukleare Eskalation zu verhindern – und dann gegebenenfalls das Momentum der Deeskalation zu nutzen, um zu Verhandlungen zu kommen.

Die Annexionen Russlands nach dem Vorbild der Krim von 2014 sind so gefährlich, weil sich die russische Führung selbst unter nuklearen Handlungsdruck setzt. Hintergrund sind die zwei Hauptziele dieses völkerrechtswidrigen Schritts:

Zunächst will der Kreml erste Erfolge im Ukraine-Krieg arrondieren, vermeintlich vollendete Tatsachen schaffen und nach innen gegenüber der eigenen Bevölkerung den Krieg rechtfertigen, der längst selbst in Russland nicht mehr glaubwürdig als Spezialoperation bezeichnet werden kann.

Zweitens aber bedeutet die perfide Einverleibung von 15% des ukrainischen Territoriums, die eroberten Gebiete letztlich unter den Nuklearschirm zu stellen und unverhohlen auch mit dem Einsatz von Atomwaffen im weiteren Kriegsverlauf zu drohen.

Dieses riskante Verhalten bringt die Welt nicht nur einen Schritt näher an die nukleare Eskalationsleiter heran. Es beinhaltet auch für die verschiedenen Akteure, Moskau inbegriffen, eine konkrete Gefahr und Verschärfung der Lage: Beim Einsatz taktischer Nuklearwaffen wäre die Ukraine vermutlich das erste Ziel, enorme Zerstörung und nuklearer Fallout wären die Folge. Der Westen geriete unter Handlungsdruck, unmittelbar zur Kriegspartei und damit ebenfalls Ziel eines russischen Nuklearschlags zu werden. Russland wiederum wäre von westlichen Reaktionen auf einen derartigen Ersteinsatz von Atomwaffen betroffen.

Die große Frage seit Wochen und Monaten aber ist, ob Wladimir Putin blufft. Dies war lange eine häufig verbreitete These in westlichen Kommentaren. Viel spricht jedoch dafür, diese Drohungen ernst zu nehmen. Und diese Einschätzung setzt sich in Öffentlichkeit und Politik seit der Annexion der vier Regionen auch durch. Der Hintergrund: Putin und seine Getreuen – allen voran sein Stellvertreter im Nationalen Sicherheitsrat, Dimitrij Medwedjew – bringen sich durch die mal verklausulierte, mal unverblümete Aufkündigung des nuklearen Tabus selbst unter Handlungsdruck, insofern sie sich in eine rhetorische Falle manövrieren. Wer oft genug behauptet, zur Verteidigung annektierter Gebiete tatsächlich auf diese Option zurückzugreifen, gerät in eine innenpolitische Zwangslage, sollten die

militärischen Misserfolge zunehmen und der Verlust der Gebiete drohen. Hardliner und Scharfmacher wie der tschetschenische Präsident Ramsan Achmatowitsch Kadyrow treiben den Krieg bereits in diese Richtung.

Ein Nukleareinsatz würde die Logik des Krieges grundlegend verändern – und entsprechend auch die Friedenschancen in einem anderen Licht erscheinen lassen. Es gibt verschiedene Szenarien für einen solchen Atomwaffeneinsatz, die verschiedenen Logiken folgen und unterschiedlich wahrscheinlich sind. Ich möchte dies an dieser Stelle nicht im Detail durchbuchstabieren. Für möglich halte ich zugleich ein Szenario, bei dem nukleares Spaltmaterial nicht im Sinne taktischer Kriegsführung, sondern eher als Mittel des Terrors angewendet wird – sei es im Rahmen einer „schmutzigen Bombe“ (also einer mit Nuklearmaterial angereicherten konventionellen Bombe) oder sei es mit Hilfe taktischer Atomwaffen.

Ob man dieses Szenario abwenden kann, hängt maßgeblich von der Glaubwürdigkeit und der Art der westlichen Reaktion ab. Die USA haben bereits signalisiert, dass ein russischer Atomwaffeneinsatz „verheerende Folgen“ für Russland haben würde. Es ist nicht auszuschließen, dass die USA dann aktiv in den Krieg eingreifen würden – und sei es im Rahmen einer einmaligen Reaktion auf eine schwerwiegende Verletzung des „nuklearen Tabus“.

Es steht zu hoffen, dass es nicht so weit kommt. Umso wichtiger ist eine gleichermaßen klare wie nüchterne Kommunikation auf offiziellen und informellen Kanälen.

Schlussfolgerungen

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine bedroht die Fundamente der europäischen und auch der globalen Friedensordnung. 40 Jahre nach dem von der Palme-Kommission vorgelegten Bericht sind wir von Gemeinsamer Sicherheit weiter entfernt denn je. Dennoch macht es keinen Sinn, in diesem Augenblick friedens- und sicherheitspolitische Erkenntnisse einfach über Bord zu werfen. Vielmehr gilt es, sich auf die Minimalvoraussetzungen friedlicher Koexistenz zu besinnen. Rezepte aus dem ersten Kalten Krieg lassen sich nicht ohne Weiteres übertragen. Zugleich gilt es, im geteilten Überlebensinteresse auch den Gegner in seinen Wahrnehmungen und Interessen ernst zu nehmen und als Verhandlungspartner anzuerkennen.

Ein Ende des Krieges allein auf militärischem Wege ist trotz der ukrainischen Geländegewinne aus den letzten Wochen unwahrscheinlich. Es droht ein Zermübungskrieg, der durch die nukleare Komponente aber zugleich über eine hohe Eskalationsgefahr in horizontaler und vertikaler Weise verfügt. Es besteht auch im Westen die Gefahr, rein in einer Kriegslogik und kaum mehr in einer Friedenslogik zu denken. Und tatsächlich erscheint der Gewaltkonflikt nach gängigen Theoremen noch nicht reif für eine Lösung. Zugleich zeigt uns die immer näher rückende Gefahr einer atomaren

Auseinandersetzung, dass sich alle Seiten einem wirklichen Abgrund nähern.

In dieser Situation erscheint ein dreistufiges Vorgehen sinnvoll: *Erstens* gilt es durch Ruhe und Entschlossenheit zu verdeutlichen, dass ein Nukleareinsatz vom Westen adäquat und umfassend militärisch beantwortet würde. Zugleich sollte man sich von Präventivschlagsüberlegungen oder Regimewechsel-Phantasien verabschieden bzw. diesen einen Riegel vorschieben.

Zweitens ist es an der Zeit, sich auf eine Vereinbarung zu verständigen, die vermutlich nicht mehr sein kann als ein Interimsabkommen. Die Rahmendaten sind berechenbar – und würden viele Fragen offenlassen. Zugleich könnte ein solches Abkommen weitere Opfer und Eskalationsgefahren in Grenzen halten.

Drittens steht in Frage, ob Europa und Nordamerika den Krieg ohne globale Unterstützung bewältigen und beilegen können. Deshalb sollte über Garantiemächte nachgedacht werden, die auch bei der Umsetzung der Vereinbarungen eine Rolle spielen könnten.

Ist eine Friedenslösung in Sicht? Nur in allerersten Ansätzen. Und diese sind noch weit entfernt von einem echten oder gar gerechten Frieden. Vielmehr handelt es sich um Schritte, der Gewalt Einhalt zu gebieten. Aber diese sollten weiterverfolgt und vorangetrieben werden, um eine ansonsten tatsächlich absehbare, noch größere Katastrophe abzuwenden und die Zahl der Opfer nicht ständig weiter steigen zu lassen. An ein Ende der Gewalt zu denken, erfordert Mut und einen nüchternen Blick, aber auch Kreativität. Diese Schritte zumindest zu versuchen erscheint mir notwendig. Und daran gemahnen uns auch die Opfer von Krieg und Gewalt aller Nationen, denen wir heute gedenken.

Zur Person

Prof. Dr. Tobias Debiel lehrt Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik an der Universität Duisburg-Essen. Er ist dort stellvertretender Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) und baute als Gf. Direktor das 2012 gegründete Käte Hamburger Kolleg „Politische Kulturen der Weltgesellschaft“ mit auf. In seiner Forschung beschäftigt er sich u.a. mit Krisenprävention in Gewaltkonflikten sowie dem Wiederaufbau kriegszerrütteter Gesellschaften.